

HINTERGRUNDINFOS ZUR PETITION ZUM TSCHAD

Die Situation der bürgerlichen und politischen Rechte im Tschad ist sehr besorgniserregend. Der Unmut über die Misswirtschaft und Korruption im Land haben zu wachsender Kritik an der Regierung und zu öffentlichen Protesten geführt. Allerdings hat die Regierung in den letzten zwei Jahren immer stärker auf **repressive Gesetze und einen aggressiv vorgehenden Geheimdienst** gesetzt, um Menschenrechtsverteidiger_innen zum Schweigen zu bringen.

Friedliche Demonstrationen werden systematisch verboten und friedliche Aktivist_innen werden verhaftet. Einschüchterungsversuche durch Überwachung oder anonyme Drohanrufe von Mitgliedern des Geheimdienstes, der ANS, sind die Regel. Kurz vor der Wahl im Jahr 2016 verbot die Regierung die Nutzung der Sozialen Medien und auch heute werden Internetseiten weiterhin auf das Schärfste überwacht und teilweise blockiert. Der Internetaktivist Tadjadine Mahamat Babouri, auch bekannt als Mahadine, wird seit dem 30. September 2016 in Haft gehalten, nachdem er mehrere Videos auf Facebook gestellt hatte, in denen die Verwaltung öffentlicher Gelder durch die Regierung kritisiert wird. Sein Gesundheitszustand ist dramatisch, da er an Tuberkulose erkrankt ist. Sein Verfahren steht noch bevor; bei einem Schuldspruch droht ihm eine lebenslange Haftstrafe.

Die Meinungsfreiheit ist im Tschad nicht gewährleistet – auch Journalist_innen fallen der Regierung und ihren Angriffen gegen kritische Stimmen zum Opfer. Sylver Beindé Bassandé, Leiter eines lokalen Radiosenders wurde zu zwei Jahren Gefängnis und einer Geldstrafe von 180 US-Dollar (knapp 150 Euro) verurteilt, da man ihm Beihilfe zur Missachtung des Gerichts und Untergrabung der richterlichen Autorität vorwarf. Er hatte ein Interview mit einem zuvor verurteilten Stadtverordneten geführt, in dem jener das Justizsystem anprangerte. Während Sylver unter Kautions freigelassen wurde, muss der Stadtverordnete seine zweijährige Haftstrafe weiter absitzen.

Auch zivilgesellschaftliche Vereinigungen haben es nicht einfach im Tschad: die Regierung verweigert ihnen stillschweigend den Rechtsstatus und erklärt sie für „illegal“. Dieses Klima der Angst und Repression macht es den Bürger_innen sowie den Aktivist_innen im Tschad schwer, aufzustehen und ihre Stimme zu erheben.